SP klar.sozial

Gleichheit, soziale Sicherheit und Lebensqualität!

Wahlplattform der SP Schweiz
für die eidgenössischen Wahlen 2003

Verabschiedet vom Parteitag der SP Schweiz am 20. Oktober 2002 in Zürich

Inhalt*

		Seite
1.	**Globalisierung:** **Weltweite Solidarität und Gerechtigkeit statt Liberalisierung**	3
2.	**Wirtschaftspolitik:** **Mehr Wachstum, mehr Ökologie und mehr soziale Gerechtigkeit**	5
3.	**Vollbeschäftigung:** **Sichere Arbeitsplätze und gerechtere Löhne**	6
4.	**Wirtschaftsdemokratie:** **Mehr Lebensqualität und Effizienz dank mehr Demokratie**	7
5.	**Konsum:** **Bessere Güter und Dienstleistungen für weniger Geld**	9
6.	**Familienpolitik:** **Eine kindergerechte Gesellschaft für Familien mit Zukunft**	10
7.	**Gesundheitspolitik:** **Gesundheit muss bezahlbar bleiben**	12
8.	**Sozialpolitik:** **Ein dichteres Netz für die soziale Sicherheit**	14
9.	**Bildung:** **Eine gute Ausbildung für ein selbstbestimmtes Leben**	16
10.	**Öffentliche Sicherheit:** **Mehr Sicherheit durch bessere Prävention**	18
11.	**Verkehr:** **Der öffentliche Verkehr als Nummer 1**	20
12.	**Umwelt:** **Eine intakte Umwelt für die künftigen Generationen**	22
13.	**Service Public:** **Weiterentwicklung des Service Public statt Privatisierung**	24
14.	**Finanzplatz:** **Ein sauberer Finanzplatz Schweiz**	25
15.	**Finanzen und Steuern:** **Mehr Vertrauen in den Staat dank Steuergerechtigkeit**	26
16.	**Europa und Demokratie:** **Mit Europa zu mehr Demokratie, zu sozialer Sicherheit und Frieden**	27
17	**Jugend:** **Unterstützung der jungen Generation für eine gute Zukunft aller**	28
18	**Homosexualität:** **Gleichstellung von Lesben und Schwulen statt Diskriminierung**	29
19.	**Sicherheitspolitik:** **Mehr Frieden und Sicherheit mit weniger Armee**	30
20.	**Migrationspolitik:** **Eine humane und pragmatische Politik statt Ausgrenzung**	31

*Die Reihenfolge der Politikbereiche und der Forderungen bedeutet keine Priorisierung.

1. Globalisierung:
Weltweite Solidarität und Gerechtigkeit statt Liberalisierung

Während Jahrzehnten konzentrierten Staaten, Parteien und Gewerkschaften ihr Wirken zu stark auf die nationale Ebene. Gleichzeitig profitierten multinationale Konzerne von der beschleunigten Globalisierung. Die Folgen sind verheerend: Die Rechte der Bevölkerung in den armen Ländern werden übergangen. Globalisierung bedeutet heute weitgehend Liberalisierung und führt damit zur weiteren Zerstörung der Lebensgrundlagen für Millionen von Menschen, vor allem in armen Ländern mit fehlenden oder schwach ausgeprägten demokratischen Strukturen. Davon betroffen sind in erster Linie Frauen, Kinder und Jugendliche. Diese Globalisierung treibt heute Millionen von Menschen in die Flucht.

Die SP ist überzeugt, dass die Globalisierung nur dann zu mehr Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit führt, wenn sie auf einer demokratisch geregelten Weltwirtschaft und der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Norden und Süden gründet. Als Stammland vieler global agierender Konzerne und aufgrund des Gewichts ihres Finanzplatzes ist die Schweiz besonders verpflichtet, sich als UNO-Mitglied stark für weltweite Solidarität zu engagieren. Die SP zeigt auf, wie KonsumentInnen die lokale und regionale Wirtschaft sowie den gerechten Handel fördern können. Dabei unterstützt sie alternative Formen des Wirtschaftens: Genossenschaften, Kollektive und Selbsthilfegruppen.

Die Forderungen der SP:

1. Die Schweiz muss die Entwicklungszusammenarbeit, die zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zu mehr Frieden beiträgt, fördern.
2. Die Schweiz soll in Programme der Entwicklungszusammenarbeit investieren, die einerseits auf der tragenden wirtschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen und die anderseits die gesellschaftlich verankerte Diskriminierung und Ausbeutung von Frauen und Kindern bekämpfen.
3. Die öffentlichen Mittel für die Entwicklungshilfe sind auf 0.7 Prozent des Bruttoinlandproduktes (heutiger Stand: 0.34 Prozent) zu erhöhen.
4. Die Entschuldungspetition der Hilfswerke muss als Richtschnur für die Schuldenstreichung von wirtschaftlich schwachen Staaten gelten. Jenen Ländern sind daher die Schulden zu erlassen, die sich in einem Demokratisierungsprozess befinden, „Good Governance“-Richtlinien erfüllen, sich um soziale Gerechtigkeit und Frieden bemühen und ökologische Verantwortung wahrnehmen.
5. Die Schweiz muss sich in der UNO aktiv für die Menschenrechte einsetzen.
6. Im Rahmen der UNO, der WTO und aller betroffenen Organisationen hat sich die Schweiz dafür stark zu machen, dass diese Organisationen ihr Handeln nicht mehr missbräuchlich nach finanziellen und kommerziellen Kriterien ausrichten, sondern die Menschenrechte und die sozialen Rechte wieder in den Vordergrund rücken. Die SP muss die Aufgabe übernehmen, die Kohärenz und das interne Gleichgewicht der schweizerischen Aussenpolitik zu überprüfen, damit diese sich nicht einfach wirtschaftlichen Interessen beugt.
7. Die Schweiz muss bei der UNO intervenieren, damit internationale Organisationen wie WHO, UNICEF, IAA usw. mehr Macht erhalten und zu einer wahren Alternative zu der von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) geführten Politik werden.
8. Die Schweiz muss sich für eine Revision des WTO-Abkommens über geistiges Eigentum (TRIPS) so einsetzen, dass Entwicklungs- und Schwellenländer sich lebensnotwendige Güter (z.B. Medikamente, Saatgut) leisten können, auch wenn diese Güter mit Patenten geschützt sind.
9. Die Schweiz muss sich für eine Revision des WTO-Abkommens über die Landwirtschaft so einsetzen, dass das Recht auf Ernährungssicherheit auch für die Staaten des

Südens gewährleistet ist. Sie fordert deshalb von den Staaten des Nordens eine Streichung der Exportsubventionen für deren Agrarprodukte.

10. Die Schweiz muss sich in der WTO dafür einsetzen, dass im internationalen Handel die Sozialbestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation und die Umweltschutzbestimmungen angewandt werden.
11. Die Schweiz muss sich in der WTO für eine Revision des Dienstleistungsabkommens so einsetzen, dass die für die Bevölkerung unabdingbaren Dienstleistungsbereiche (Energie, Gesundheit, Bildung, Telekommunikation, Transporte etc.) nicht privatisiert, sondern als öffentliche Dienstleistungen ausgebaut werden.
12. Die Schweiz als Signatarstaat hat sich mit allem Nachdruck für die Einhaltung der Genfer Verträge einzusetzen.
13. Das Bankgeheimnis als Mittel zur Vertuschung von Steuerhinterziehung muss aufgehoben werden. Die Amtshilfe an demokratische Staaten bei Steuerflucht und Steuerhinterziehung muss gewährt werden.
14. Eine weltweite Tobin-Tax zur Besteuerung aller Devisentransaktionen muss eingeführt werden, um spekulativen internationalen Währungstransaktionen einen Riegel vorzuschieben.

2. Wirtschaftspolitik:
Mehr Wachstum, mehr Ökologie und mehr soziale Gerechtigkeit

Die Neunziger Jahre waren für die Schweiz wirtschaftlich ein verlorenes Jahrzehnt. Im Gegensatz zu allen anderen OECD-Ländern erlebte sie sieben Jahre lang ein Nullwachstum. Auch wegen der wirtschaftlichen Stagnation kam der ökologische Umbau nicht vom Fleck. Zugleich wurden die Einkommen und Vermögen ungleicher verteilt, was die Stagnation verlängerte. Der Vergleich mit Ländern wie Österreich oder Luxemburg zeigt: Als EU-Mitglied hätte die Schweiz keine unproduktiven Diskussionen um die Staatsquote geführt, weniger Arbeitsplätze verloren, weniger Druck auf den Sozialstaat und höhere reale Einkommen und Vermögen für die Mehrheit der Bevölkerung gehabt.

Weil wirtschaftlicher Strukturwandel, soziale Gerechtigkeit und ökologischer Umbau die bestimmenden Elemente der Wirtschaftspolitik bilden, erachtet die SP ein kräftiges und zugleich nachhaltiges Wirtschaftswachstum für erreichbar und notwendig. Die SP will vorab die Situation der Leute mit tiefen und mittleren Einkommen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen verbessern und den Frauen einen gerechten Anteil an Vermögen und Einkommen sichern. Sie tritt zugleich für eine international solidarische Wirtschaftspolitik ein.

Die Forderungen der SP:

1. Die Wirtschaftspolitik muss das jährliche Wachstumspotential von zwei bis drei Prozent nutzen.
2. Die Wirtschaftspolitik muss eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der Einkommen und der Vermögen bewirken.
3. Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sind miteinander zu vereinen. Dies ist dank dem technischen Fortschritt möglich.
4. Ökologische Steuern müssen staatsquotenneutral sein und dürfen ein sozial gerechteres Steuersystem nicht verhindern.
5. Zur Standortförderung müssen gute Aus- und Weiterbildungsangebote bestehen, denn Menschen sind das wertvollste Potential der Schweizer Volkswirtschaft. Insbesondere sind Ausbildungsgänge und genügend Arbeitsplätze für weniger qualifizierte ArbeitnehmerInnen zu schaffen.
6. Ein effizienter und guter Service Public muss angeboten werden und erhalten bleiben, denn er ist ein zentraler Standortvorteil. Er darf weder dereguliert noch privatisiert werden.
7. Es muss eine aktive Industrie- und Technologiepolitik verfolgt werden, die die Wertschöpfung in der Schweiz sicherstellt. Dazu gehört die Verstärkung des Technologie-Transfers von den Hochschulen und Fachhochschulen zur Wirtschaft (Spin-Off-Förderung).
8. Energiestandards für alle Gebäudetypen, wie etwa der Minergiestandard, müssen eingeführt werden, denn dies verringert den Energieverbrauch und die Baukosten und schafft neue, innovative Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen. Die Bauwirtschaft muss umweltgerecht werden.
9. Für FirmengründerInnen (Startups) sowie Klein- und Mittelbetriebe müssen faire Kredite zur Verfügung gestellt werden. Daher ist die Reaktivierung des gewerblichen Bürgschaftswesens nötig, und es sind gute Kreditbedingungen für die KMU zu schaffen.
10. Die regionalpolitischen Instrumente, wie etwa der Bonny-Beschluss, müssen verstärkt werden.

3. Vollbeschäftigung:
Sichere Arbeitsplätze und gerechtere Löhne

Zwischen 1990 und 2000 stieg die Arbeitsproduktivität um rund zehn Prozent, die Kaufkraft der Löhne dagegen nur um 2,6 Prozent. Dafür nahmen die Entschädigungen vieler Spitzenmanager und Verwaltungsräte stark zu. Während der Krise der Neunziger Jahre fand eine massive Umverteilung der Einkommen zulasten der Lohnabhängigen statt, zum einen zwischen den hohen und tiefen Einkommen, zum andern zwischen Kapital und Arbeit. In der Schweiz leben fast eine halbe Million Menschen (vor allem junge Familien und alleinerziehende Frauen) in Haushalten, deren Einkommen trotz vollzeitlicher Erwerbstätigkeit nicht zum Leben reichen. Der Strukturwandel und die Flexibilisierung vieler Arbeitsverhältnisse führen zu massiver Verunsicherung.

Wichtigstes wirtschaftspolitisches Ziel der SP bleibt die Vollbeschäftigung auf der Basis gerechter Löhne für alle. Die Löhne müssen die Existenz sichern. Nur eine Neuverteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit sowie gesetzlich geregelte Mindestlöhne führen zu mehr Gerechtigkeit und Selbstständigkeit. Die Lohnabhängigen haben Anspruch auf einen steigenden Anteil am Produktivitätsfortschritt - sowohl mittels Arbeitszeitverkürzungen als auch mit Reallohnerhöhungen. Staat und Nationalbank sollen mit einer antizyklischen Politik und einer an den gesamtwirtschaftlichen Interessen orientierten Geldpolitik ihren Beitrag zur Vollbeschäftigung leisten.

Die Forderungen der SP:

1. Bund, Kantone und Gemeinden müssen mit einer antizyklischen Finanzpolitik (trotz Schuldenbremse) ihren Beitrag zur Vollbeschäftigung leisten.
2. Die Nationalbank muss mit ihrer Geldpolitik Beschäftigung und Wachstum sichern helfen und das Dogma des „starken Frankens“ aufgeben.
3. Es sind Mindestlöhne gesetzlich festzulegen, um in Zukunft allen bei vollzeitlicher Erwerbsarbeit eine zufriedenstellende Existenz zu garantieren. Bis diese gesetzlich und/oder mittels Gesamtarbeitsverträgen garantiert sind, erhalten Unternehmen ohne Minimallohngarantien keine öffentlichen Aufträge und keine Subventionen. Als gesetzlicher Mindestlohn ist ein Nettolohn von 3000 Franken vorzuschreiben.
4. Die Arbeitszeit ist in der Schweiz schrittweise auf die 35-Stundenwoche zu senken.
5. Es müssen Arbeitszeitmodelle angeboten werden, die gewährleisten, dass auch Männer Erziehungs- und Betreuungsarbeiten übernehmen können.
6. Teilzeitarbeitende dürfen weder beim Lohn noch in Bezug auf die Aufstiegsmöglichkeiten, oder beim Sozialversicherungsschutz benachteiligt werden.
7. Mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik muss die Integration beider Geschlechter in die Wirtschaft ermöglicht werden. Da die Wirtschaft das Potential der Frauen braucht, dient Gleichstellung der ganzen Gesellschaft. Dies muss durch die gerechte Aufteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen den Geschlechtern erreicht werden.
8. Der Verfassungsgrundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss endlich überall umgesetzt werden.
9. Sozialpläne und deren finanzielle Absicherung müssen Teil eines modernisierten Arbeitsrechts werden.
10. Es sind aktive Arbeitsmarktmassnahmen mit Bildungs- und Umschulungsmassnahmen vorzusehen und Beschäftigungsprogramme vorzubereiten, um rechtzeitig Erwerbslosigkeit lindern zu helfen und um Benachteiligten des Strukturwandels eine neue Beschäftigung zu ermöglichen.

4. Wirtschaftsdemokratie:
Mehr Lebensqualität und Effizienz dank mehr Demokratie

Skandale um gigantische Managergehälter, überhöhte Verwaltungsratshonorare und exorbitante Abgangsentschädigungen des obersten Managements grosser Unternehmen bei zugleich schlechten Leistungen sorgten für unrühmliche Schlagzeilen. ABB, Zürich Versicherung, Swissair und Crédit Suisse führen diese «Hitliste» an. Die Lohnabhängigen bezahlten den Preis für die schlechten Managementleistungen mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und durch die Entwertung ihrer Anlagen, vor allem der Pensionskassengelder.

Mehr Transparenz und mehr Demokratie sind für die SP in der Wirtschaft zentral. Eine Revision des Arbeitsgesetzes muss eine grundlegende Verschiebung der Rechte zugunsten der Arbeitnehmenden einleiten. Neben den Lohnabhängigen benötigen in Zukunft auch die AktionärInnen und insbesondere die MinderheitsaktionärInnen mehr Rechte. Die SP setzt sich für eine konkrete und rasche Umsetzung von Corporate Governance ein. Mitbestimmungsrechte der Lohnabhängigen tragen dazu bei, dass in den Unternehmen mittels ökonomisch und ökologisch effizientem Wirtschaften Arbeitsplätze gesichert werden.

Die Forderungen der SP:

1. Das Mittel des Gesamtarbeitsvertrags muss geschützt und ausgedehnt werden. Wenn ein Drittel der Arbeitenden und ihre GewerkschaftsvertreterInnen einer Branche es verlangen, ist ein Gesamtarbeitsvertrag einer Branche allgemeinverbindlich zu erklären. Die tripartiten Kommissionen haben darüber zu wachen, dass die Umsetzung der Bilateralen Verträge mit der EU gut und demokratisch funktioniert.
2. Mitbestimmung ohne Akteneinsicht macht keinen Sinn. Betriebskommissionen und GewerkschaftsvertreterInnen ist daher das Einsichtsrecht in die Buchhaltung und in die Protokolle der leitenden Instanzen ihres Betriebs zu gewähren.
3. Es ist ein neues eidgenössisches Betriebsverfassungsgesetz zu schaffen, das die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften ausbaut. Mitglieder der Arbeitnehmerkommissionen, der Angestelltenkommissionen sowie die GewerkschaftsvertreterInnen dürfen nur in gegenseitigem Einvernehmen entlassen werden.
4. Der Kündigungsschutz muss verbessert werden. Insbesondere müssen missbräuchliche Kündigungen für nichtig erklärt werden.
5. Betriebe, die Personal entlassen wollen, müssen zuerst mit den Gewerkschaften der betroffenen Branchen verhandeln. In Verhandlungen ist ein Sozialplan vorzubereiten. Auf Kosten des Betriebs ist ein Umschulungsplan für die ArbeitnehmerInnen vorzubereiten. Die Organisation der Bildungskurse hat in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu erfolgen. Frühpensionierungen sind vorzubereiten; Pensionierungen ab 60 Jahren müssen ohne Lohnausfall ermöglicht werden.
6. Es sind paritätische Kassen einzurichten, die die Ausbezahlung der Leistungen der Sozialpläne garantieren, denn der beste Sozialplan nützt nichts, wenn bei einem Konkurs kein Geld mehr da ist.
7. Gender-Mainstreaming muss zum Führungsinstrumentarium des obersten Managements gehören, denn die Gleichstellung der Geschlechter ist eine unverzichtbare Führungsaufgabe. Das Management hat über die Durchsetzung in den Geschäftsberichten zu orientieren
8. Mit mehr ArbeitsinspektorInnen und mit einer verbesserten Arbeitsmedizin sind die Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu optimieren.
9. Gegen die Schwarzarbeit sind zwei Massnahmen durchzusetzen: Ein härteres Vorgehen gegen Arbeitgeber, welche Personen schwarz beschäftigen und eine Regularisierung der „Sans-Papiers“ nach einheitlichen Kriterien.

10. Die Stiftungsräte von Pensionskassen und die Vertretung der ArbeitnehmerInnenverbände haben dafür zu sorgen, dass das Vorsorgekapital in Firmen investiert wird, die hohen sozialen, ökologischen und wirtschaftsdemokratischen Standards genügen.
11. Mit einer Gesetzesrevision soll die Stärkung der Minderheitsrechte der AnlegerInnen erreicht werden. Dazu gehören insbesondere bessere Kontrollmöglichkeiten.
12. Da die Löhne und die weiteren Bezüge der Unternehmensleitung sowie die Entschädigung der Verwaltungsräte heute eine für das Unternehmen wirtschaftlich relevante Dimension aufweisen, muss die Generalversammlung diese Beträge kennen, und zwar nicht nur die Gesamtbeträge sondern individuell, um sie korrigieren zu können. Aus Gründen der Transparenz müssen die Aufgabenverteilung und die Verantwortlichkeiten der Mitglieder von Verwaltungsräten ebenfalls bekannt sein.
13. Die Tätigkeit von Revisionsgesellschaften ist klarer zu regeln, und ein Fehlverhalten ist dem Strafrecht zu unterstellen. Die Revisionsgesellschaften müssen zwingend über festgestellte strafbare Tatbestände informieren.
14. Die Gründung von Genossenschaften ist zu fördern und zu vereinfachen.
15. Das Gütesiegel «Betrieb in öffentlich-rechtlicher Hand» ist einer stärkeren demokratischen Kontrolle zu unterstellen.

5. Konsum:
Bessere Güter und Dienstleistungen für weniger Geld

Die Lohnabhängigen erhalten in der Hochpreisinsel Schweiz immer weniger für ihr Geld: Die Mieten sind in der Schweiz 80 Prozent höher als im EU-Durchschnitt. Die steigenden Gesundheitskosten tragen wegen der Kürzung öffentlicher Subventionen und der unsozialen Kopfprämien vorab die Lohnabhängigen mit mittleren Einkommen. Wenn die Landwirtschaft schon vier Milliarden Franken an Subventionen erhält, erwartet die SP von ihr natürlich und nachhaltig produzierte Lebensmittel zu anständigen Preisen. Die Preise vieler Importgüter sind - trotz starkem Franken – über 20 Prozent teurer als in den Nachbarländern.

Die SP verlangt, dass die KonsumentInnen mehr für ihr verfügbares Einkommen erhalten. Dazu braucht es wirksame Massnahmen bei den Mieten, den Krankenkassenprämien und den Preisen für Importprodukte. Neben anderem stärken eine klare Deklarationspflicht und mehr Verbraucherrechte die Stellung der KonsumentInnen. Mehr Kaufkraft für die KonsumentInnen bedeutet zugleich eine Stärkung des Standorts Schweiz.

Die Forderungen der SP:

1. Das Volkswirtschaftsdepartement hat für die nächsten vier Jahre ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz vorzulegen. Dazu gehören das Recht auf Parallelimporte aus dem europäischen Raum sowie eine massive Verschärfung des Kartellgesetzes. Jene Unternehmen, welche diese Importe tätigen, müssen die in den jeweiligen Herkunftsländern geltenden Umweltschutzbestimmungen, die Bestimmungen zum ArbeitnehmerInnen-Schutz und die Bestimmungen des internationalen Arbeitsamtes respektieren. Der Service Public sowie kulturell wertvolle Güter (z.B. Bücher) unterstehen dem Kartellrecht nicht.
2. Mit wirksamen Sanktionen gegen Kartelle müssen vertikale Preisbindungen und die missbräuchliche Ausnutzung der Markstellung durch marktmächtige Privatunternehmen verhindert werden.
3. Mit staatlichen Bestimmungen ist der gerechte Handel zu fördern und die Anerkennung der Rechte der KonsumentInnen durchzusetzen.
4. Das Recht der KonsumentInnen auf eine sichere, qualitativ gute und günstige Grundversorgung in den Bereichen Post, Telekommunikation, Strom, Wasser und Gesundheit und öffentlichem Verkehr ist zu garantieren.
5. Das Recht der KonsumentInnen auf Information, auf Transparenz und auf Vertretung in politischen Abläufen ist ebenfalls zu garantieren.
6. Der Gesundheits- und der Täuschungsschutz sowie das Verbandsklagerecht müssen ausgebaut werden.
7. Die Konsumentenrechte in den Bereichen Produktesicherheit, Garantieleistungen, Deklarationspflicht, Versicherungsschutz, Einlegerschutz, Kaufrecht usw. sind dem europäischen Niveau entsprechend zu gestalten.
8. Die Lebensmittelpolitik muss das Ziel gesunder und nachhaltig produzierter Lebensmittel zu anständigen Preisen anstreben sowie weltweit lokale Produkte fördern.
9. Den MieterInnen ist ein Kündigungsschutz zu garantieren, der Kündigungen nur mit gerechtfertigten Gründen zulässt.
10. Das Mietrecht ist so zu revidieren, dass die Mietzinse vom ständigen Auf und Ab des Hypothekarzinses abkoppelt werden. Happige Mietzinserhöhungen bei Mietbeginn, nach Handwechseln oder Renovationen sind durch ein Kostenmiete-Modell einzudämmen.
11. Mit Massnahmen gegen die Baulandhortung, mit gezielten Bodenkäufen durch die öffentliche Hand und mit einer wirksamen Besteuerung nicht bebauten Baulands muss die Bodenpreisexplosion eingedämmt werden.

6. Familienpolitik:
Eine kindergerechte Gesellschaft für Familien mit Zukunft

Familie und Beruf sind für viele Frauen und Männer immer noch selten zur Zufriedenheit beider Geschlechter miteinander zu vereinbaren. Die bürgerliche Familienpolitik brachte den Familien wenig bis nichts: Die Lebenskosten der Familien stiegen massiv, die Steuerreduktionen nützen nur den allerobersten Einkommen. Mangels Betreuungsplätzen verzichten in der Schweiz viele Frauen unfreiwillig auf eine befriedigende, ihrer Ausbildung entsprechende Erwerbsarbeit. Statistiken zeigen: Kinder sind in der Schweiz für viele Familien zum Armutsrisiko geworden.

Die SP will ein gesellschaftliches Umfeld, in welchem Kinder unbeschwert aufwachsen und die Welt entdecken können. Mit von der SP initiierten familienpolitischen Massnahmen sollen die Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder verbessert werden. Für die SP ist es unerträglich, dass Paare, die sich für Kinder entscheiden, dadurch in materielle Not geraten. Deshalb braucht es eine finanzielle Entlastung für Familien, genügend Betreuungsplätze für Kinder und Arbeitszeiten, die ein Nebeneinander von Beruf und Familie ermöglichen.

Die Forderungen der SP:

1. Der bezahlte Elternurlaub muss endlich realisiert werden; ebenso der Erziehungsurlaub und die bezahlte Freistellung zur Pflege von kranken Kindern.
2. Väter wollen (oder müssen) in die Verantwortung für die Kindererziehung und die Familienarbeit eingebunden werden. Daher braucht es Arbeitszeitmodelle, die eine Umverteilung der Erwerbs- und Familienarbeit unterstützen.
3. … Vater sein dagegen sehr: Eltern müssen die Möglichkeit zu Ausbildung und Beratung bekommen.
4. Ein bezahlter Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen nach der Geburt muss eingeführt werden.
5. Familien mit mittleren und unteren Einkommen sind mit dem Ersatz der bisherigen Kinderabzüge durch Steuergutschriften, die direkt vom Steuerbetrag abgezogen werde, zu entlasten.
6. «Ein Kind, eine Zulage» muss als Prinzip umgesetzt werden, um bei den Kinderzulagen den Kantönligeist in der ganzen Schweiz abzuschaffen.
7. Bundesweit müssen Familien-Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien eingeführt werden.
8. Mit einer unentgeltlichen Krankenversicherung für Kinder muss den Familien geholfen werden.
9. Preisgünstiger Wohnraum für Familien muss bereit gestellt werden.
10. Mehr Mittel für Integrationsprogramme für Kinder und Eltern aus zugewanderten Familien sind unerlässlich.
11. Die auf 10 Jahre befristete Anstossfinanzierung durch den Bund für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen ist ein erster Erfolg der SP. Gemeinden und Kantone haben jetzt dafür zu sorgen, dass das Bundesgeld in konkrete Krippen umgesetzt wird.
12. Betriebe profitieren von Krippen. Also sollen sie sich ab einer bestimmten Grösse an der Finanzierung von Kinderbetreuungsplätzen beteiligen.
13. Um die Situation der Familien zu verbessern, sind feste Blockzeiten von 8 bis 15 Uhr mit einem freiwilligen Mittagstisch einzuführen sowie Kurs- und Betreuungsangebote für die Randzeiten bis 18 Uhr.
14. Den Schulen sind mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine wirksame Gewaltprävention und das Erlernen von Konfliktlösungs-Strategien zu ermöglichen.
15. Mittels Präventionsarbeit gegen Tabak-, Alkohol- und anderem legalen oder illegalen Drogenmissbrauch sowie gegen Selbstmord soll Kindern und Jugendlichen geholfen werden.

16. Es sind Freiräume zu schaffen für Kinder und Jugendliche. Kindergerechte Bauten sowie sichere Schulwege müssen erstellt werden, denn sie gehören zu einer Siedlung.
17. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit zu demokratischer Mitbestimmung erhalten. Der Bund soll Gemeinden und Kantone darin unterstützen.
18. Anreize und Rechtsformen für solidarische Gemeinschaften sowie für generationsübergreifende und geschlechtsunabhängige Lebensformen sind zu unterstützen.

7. Gesundheitspolitik:
Gesundheit muss bezahlbar bleiben

Der schweizerischen Gesundheitspolitik wird zwar allgemein eine hohe Qualität eingeräumt, doch zeigen die ständig steigenden Krankenkassenprämien zwei Hauptprobleme: Die Schweiz kennt als einziges Land in Europa die unsoziale Kopfprämie für die obligatorische Krankenversicherung, die vor allem Familien sowie Versicherte mit kleinen und mittleren Einkommen bis zur Schmerzgrenze belastet. Zudem hat der Bund zu wenig Kompetenzen, um die Gesundheitspolitik der Kantone wirksam zu koordinieren und damit teure Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Die SP will mit ihrer Volksinitiative „Gesundheit muss bezahlbar bleiben" einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien und damit eine finanzielle Entlastung für 80 Prozent der Bevölkerung. Der Bund benötigt gegenüber den Kantonen mehr Kompetenzen, um die kostentreibende Spitzenmedizin zu koordinieren. Der Wettbewerb zwischen den Kassen hat bisher keine Vorteile gebracht. Mit einer nationalen Einheitskasse können wir für Kostentransparenz, Qualität und tiefere Kosten sorgen. Die SP will keine Zweiklassenmedizin und wehrt sich gegen die Streichung von Leistungen in der obligatorischen Krankenversicherung.

Die Forderungen der SP:

1. Die unsozialen Kopfprämien müssen durch einkommens- und vermögensabhängige Prämien ersetzt werden. Als Sofortmassnahmen ist eine rasche Senkung der Krankenkassenprämien für Familien und Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen zu realisieren.
2. Alle Kantone haben die Prämienverbilligungen der Krankenkassen voll auszuschöpfen.
3. Die Schweizer Medikamentenkosten gehören endlich auf europäisches Niveau (Durchschnitt der EU-Länder). Dazu braucht es eine systematischere Förderung von Generika sowie die Zulassung von Parallelimporten. Zusätzlich braucht es eine gesetzliche Verpflichtung für Arztpraxen und Apotheken, beim Verordnen das preisgünstige Präparat zu wählen.
4. Mit angepassten Packungsgrössen, einer zurückhaltenden Medikamentierung und dem ärztlichen Medikamentenverkauf nur in Notfällen sind die Medikamentenpreise zu senken.
5. Es dürfen keine Leistungen aus der Grundversicherung gestrichen werden. Hingegen muss eine nationale Planung der Leistungen im Gesundheitsbereich eingeführt werden.
6. Mit einer effizienten nationalen Einheitskasse müssen die ineffiziente Bürokratie und der kostspielige Pseudo-Wettbewerb der heutigen Krankenkassen eliminiert werden.
7. Bund und Kantone haben klare Regelungen für bessere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal und für die Finanzierung der Pflegeheime zu schaffen. Die Löhne in den Alters- und Pflegeheime haben jenen der Angestellten in den öffentlichen Spitälern zu entsprechen.
8. Die Zunahme der Ärztezahl verursacht hohe Kosten auf dem Buckel der Versicherten: Mit flächendeckenden Hausarztmodellen, Ärztenetzen zur Qualitätssicherung, einer Patientenkarte und Globalbudgets im ambulanten Bereich muss diese Entwicklung gestoppt werden. Gleichzeitig sind auf allen Ebenen Bemühungen im Bereich Prävention und Gesundheitserziehung (Risikoverhalten, Selbstverantwortung u.a.m.) in die Wege zu leiten bzw. zu unterstützen.
9. Die oft schlecht geschützten Langzeitkranken müssen mit einer landesweit geregelten Krankentaggeldversicherung besseren Schutz erhalten. Der Staat hat auf gesetzlichem Weg dafür zu sorgen, dass alle Arbeitnehmenden in der Schweiz im Krankheitsfall über eine Taggeldversicherung verfügen, die mindestens 80% des Bruttolohns abdeckt.
10. Menschliches Erbgut darf nicht patentiert werden.

11. Die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige hat sich bewährt. Deshalb muss sie medizinisch und sozial deutlich ausgebaut weitergeführt werden. Weiche Drogen (Cannabis) sind zu legalisieren und der Konsum harter Drogen muss straffrei werden. Die Drogenpolitik muss die Prävention bei sämtlichen (legalen und illegalen) Suchtmitteln ausbauen.
12. Die Weltgesundheitsorganisation WHO muss ihre Unabhängigkeit zurück bekommen und darf nicht mehr hinter wirtschaftlichen und militärisch-technokratischen Interessen zurückstehen. Die Vereinbarung, welche die WHO in allen Gesundheitsfragen im Zusammenhang mit ionisierenden Strahlen (Minimierung des Tschernobyleffekts, Frage des abgeschwächten Urans usw.) der Internationalen Agentur für Atomenergie IAEA unterstellt, ist aufzuheben.

8. Sozialpolitik:
Ein dichteres Netz für die soziale Sicherheit

In der Schweiz fallen nach wie vor viele Menschen durch das Netz der sozialen Sicherheit. Wer im Alter nur eine AHV-Rente hat, kann davon nicht leben, weil die AHV trotz Verfassungsauftrag die Existenz nicht deckt. Wer Teilzeit arbeitet und nur wenig verdient, hat immer noch keinen Anspruch auf die zweite Säule. Obwohl die soziale Sicherheit noch Lücken aufweist, wollen die bürgerlichen Parteien den Ausbau der Sozialwerke verhindern. Sie übertreiben bewusst die Finanzierungsfragen und sorgen mit der Schuldenbremse dafür, dass der Staat immer unsozialer wird.

Die SP kämpft für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Das Schliessen der vorhandenen Lücken im sozialen Netz ist nötig und möglich. Dabei denken wir insbesondere an die tendenziell Armen wie Familien, Jugendliche und Alleinerziehende. Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt und kann sich eine gute Sozialpolitik leisten. Ausbau und Sicherung der Sozialwerke sind finanzierbar. Ob ein Älterwerden in Würde und in materieller Sicherheit möglich bleibt, ist eine politische Entscheidung genauso wie das Einstehen für die Rechte der Menschen mit Behinderungen und für Pflegebedürftige. Die SP streitet dafür, dass sie alle auf die Solidarität der Gesellschaft zählen können.

Die Forderungen der SP:

1. Damit alle Menschen in unserem Land ohne materielle Not alt werden können, braucht es AHV-Renten, die das Existenzminimum garantieren. Sie sind daher zu erhöhen.
2. AHV und IV (Invalidenversicherung) benötigen eine langfristig sichere Finanzierung. Dazu ist eine Palette von Massnahmen umzusetzen: Die Überschüsse der EO (Erwerbsersatzordnung) sollen in die IV überführt werden. Für die Sicherung der AHV sollen die jährlichen Nationalbank-Gewinne verwendet werden, wie dies die von der SP mitgetragene KOSA-Volksinitiative fordert. Wenn nötig, ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV vorzusehen.
3. Menschen mit tieferen Einkommen oder Teilzeitverdienende und Selbständigerwerbende benötigen eine zweite Säule. Daher ist der Koordinationsabzug bei den Pensionskassen zu streichen und die Einkommen aus mehreren Teilzeitjobs für die Pensionskasse müssen zusammengerechnet werden. Für ArbeitnehmerInnen mit IV-Taggeldern muss die IV den Arbeitgeberbeitrag der zweiten Säule (entsprechend dem Prozentsatz der Invalidität) übernehmen.
4. Die Gewichtung zwischen AHV und Pensionskasse ist zugunsten der AHV zu verlagern.
5. Ein flexibles Rentenalter ist nur dann gerecht, wenn auch Menschen mit mittleren und unteren Einkommen eine frühzeitige oder schrittweise Pensionierung wählen können. Nach 40 Beitragsjahren muss der Bezug der vollen Rente erfolgen können. Das AHV-Gesetz ist in diesem Sinn zu revidieren.
6. Die Renten sind an die Teuerung und an die Reallohnentwicklung anzupassen, damit sie ihre Kaufkraft nicht verlieren.
7. Menschen mit Behinderungen benötigen für ihre Lebensqualität bessere Zugänge zu Gebäuden, zum öffentlichem Verkehr und zu Infrastrukturen. Deshalb sind Hindernisse bei der Ausbildung sowie in der Wohn- und Arbeitswelt zu beseitigen.
8. Menschen mit Behinderungen, die auf die Mithilfe von Drittpersonen angewiesen sind, ist eine Assistenzentschädigung zu gewähren, damit sie sich diese Hilfeleistung auch leisten können.
9. Die SKOS-Richtlinien (SKOS: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) müssen in allen Kantonen angewendet und jährlich der Teuerung angepasst werden.
10. Damit ältere Menschen möglichst lange in ihrem Umfeld leben können, ist für eine Spitex-Pflege mit qualifiziertem Personal und eine gesicherte Spitex-Finanzierung zu sor-

gen. Dabei spielen Angebote wie Haushalthilfen und Essensdienste eine ebenso grosse Rolle wie die pflegerische Hilfe und sind daher entsprechend zu unterstützen.

11. Die Sozialpolitik muss der Bedeutung einer bezahlbaren Wohnung Rechnung tragen
12. Der Bund hat Förderungsmassnahmen zu ergreifen, um die Gemeinden bei ihrer Quartierplanung zu unterstützen. Das Ziel muss ein Wohnungsmix sein, der eine sozial breite Vermischung der Bevölkerungsgruppen ermöglicht (SeniorInnen, Familien, Jugendliche und AusländerInnen), denn dadurch werden Strukturen der Nachbarschaftshilfe gefördert.

9. Bildung:
Eine gute Ausbildung für ein selbstbestimmtes Leben

Sparen bei der Bildung ist kurzsichtig, weil notwendige Investitionen in die Zukunft unterbleiben. Trotzdem wurde in den letzten zehn Jahren bei den Bildungsausgaben gespart. Diese Sparpolitik und die ständig steigenden Erwartungen verstärkten den Druck auf Lehrpersonen und SchülerInnen. Die Pisa-Studie zeigt, dass unser Land bei der Bildung nicht mehr zur Spitze der Industrieländer gehört. Und sie zeigt, dass die soziale Herkunft der Kinder den Schulerfolg massgeblich prägt. Das geschlechtsspezifische Verhalten bei der Berufswahl erschwert nach wie vor die Gleichstellung im Erwerbsleben. Die Forderung nach staatlichen Subventionen für Privatschulen bedroht unser Schulsystem, weil dadurch die Ungleichheiten zunehmen und die öffentlichen Schulen noch weniger Mittel erhalten.

Die SP fordert das Recht jedes Kindes auf eine ihm entsprechende Ausbildung, unabhängig von der finanziellen Situation seiner Familie, seines Geschlechts, seiner Herkunft und seines Wohnorts. Ein gut ausgebautes Bildungswesen ist eine Investition in die zukünftigen Generationen und eine Garantie für ein friedliches Zusammenleben der Menschen.
Bildung ist eine Aufgabe des Staates, sie darf nicht dem Wettbewerb ausgesetzt werden. Die SP will die Investitionen ins öffentliche Schulsystem stark ausbauen. Der Strukturwandel in der Wirtschaft erfordert Investitionen in die lebenslange Weiterbildung.

Die Forderungen der SP:
1. Da nur der Staat allen eine gute Ausbildung anbieten kann, muss die Schule eine öffentliche Aufgabe bleiben, die zur Qualitätssicherung mehr Mittel benötigt. Die staatliche Förderung von Privatschulen ist abzulehnen.
2. Um das Recht auf Bildung für alle zu garantieren, sind aktive Fördermassnahmen zur Integration von Kindern immigrierter Eltern oder von Kindern mit Behinderungen erforderlich.
3. Die Schule von Morgen muss familienfreundlichere und für alle bezahlbare Strukturen wie Blockzeiten, Mittagstische, Aufgabenhilfen in Randzeiten haben.
4. Die Erwerbstätigen sind zu unterstützen, indem die öffentliche Hand und die Betriebe auf den Strukturwandel mit mehr Weiterbildung und Umschulung antworten.
5. Der Bund hat Forschungsprojekte und Programme zu unterstützen, die die Gleichstellung im Unterricht fördern und echte Chancengleichheit schaffen.
6. Dem funktionalen Analphabetismus ist mit staatlichen Mitteln zu begegnen.
7. Der Bund muss die Kompetenz erhalten, die Volksschule in den 26 Kantonen zu koordinieren. Mit einem Bildungs-Rahmenartikel sind die unterschiedlichen 26 kantonalen Bildungssysteme zu einem Bildungsraum Schweiz zusammenzufassen, da die heutigen Unterschiede zwischen den Kantonen angesichts der steigenden Mobilität nicht mehr zu verantworten sind.
8. Der Bund hat für einheitliche und ausreichende Stipendien in den Kantonen zu sorgen. SchülerInnen und Studierende, die ihre Ausbildung ausserhalb des Wohnortes absolvieren, erhalten unabhängig von den Stipendien einen finanziellen Beitrag an die Mobilitätskosten.
9. Für Bildung, Weiterbildung und Forschung sind mehr Mittel einzusetzen. Das zusätzliche Geld soll vor allem in die Modernisierung der Berufsbildung gehen, in den Aufbau von Berufsbildungszentren und in die Erhöhung des Kreditrahmens von 2004 bis 2007 für Bildung, Forschung und Technologie. Angestrebt werden soll eine Erhöhung um jährlich 10 Prozent.
10. Bund und Kantone müssen die Voraussetzungen schaffen für die Anerkennung nicht formell erworbener Kompetenzen. Das Lernen in Arbeit, Familie und Freizeit ist als gleichwertig mit dem Lernen in anerkannten Bildungseinrichtungen zu behandeln.

11. In der ganzen Schweiz sollen Versuche für eine Basisstufe für Kinder ab vier Jahren durchgeführt werden.
12. Mit kleineren Schulklassen soll die Chancengleichheit verbessert werden.
13. Mit Leistungskursen in den verschiedenen Fächern sollen auf der Sekundarstufe 1 die differenzierten Schultypen ersetzt werden. So haben die Lehrenden mehr Möglichkeiten, auf die Stärken und Schwächen der SchülerInnen zu reagieren.
14. Der Fremdsprachenunterricht soll in der 1. Klasse der Primarschule mit dem Erlernen einer Landessprache einsetzen. Dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht ist mehr Aufmerksamkeit zu widmen.
15. Die Lipa-Initiative, die Betriebe ohne Lehrlinge so zur Kasse bittet, dass genügend Lehrstellen geschaffen werden können, ist zu unterstützen.
16. Um den Fähigkeiten der SchulabgängerInnen gerecht zu werden, sind einerseits zwischen Anlehre und Lehre flexible Übergänge zu schaffen. Anderseits ist die Allgemeine Berufsbildung in den Lehren zu vergrössern.
17. Der Staat hat insbesondere Kleinbetriebe für die Aufwände im Rahmen der obligatorischen Berufspraktika zu entschädigen.
18. Die Berufswahlprogramme für Mädchen müssen bestehen bleiben.
19. Um die Attraktivität der Berufslehre zu erhöhen und die Gleichbehandlung zwischen GymnasiastInnen und Lehrlingen voranzutreiben, sind den Lehrlingen und jungen ArbeitnehmerInnen 6 Wochen Ferien zu garantieren.
20. Eine enge Kooperation zwischen den einzelnen Schweizer Universitäten und eine Zusammenarbeit mit den europäischen Hochschulen ist zu unterstützen. Die Mitbestimmung der Studierenden und des Mittelbaus an den Hochschulen und Fachhochschulen ist zu fördern. Der Bund hat für die Koordination einer sozialpolitisch verantwortbaren Umsetzung der Bologna-Deklaration an den schweizerischen Hochschulen zu sorgen. Die Hochschulen haben sich der Situation erwerbstätiger Studierender anzupassen. Insbesondere müssen Gender Studies in den einzelnen Wissenschaftsbereichen integriert und ein schweizerisches Kompetenzzentrum für Gender Studies eingerichtet werden.
21. An Patenten, die aus der Forschung an staatlichen Institutionen wie Universitäten, ETH etc. hervorgehen und ihrem Ertrag sind die staatlichen Institutionen zu beteiligen.

10. Öffentliche Sicherheit:
Mehr Sicherheit durch bessere Prävention

Jede Gesellschaft will ihren Mitgliedern Sicherheit vermitteln. Die Gefühle von Unsicherheit und Angst, die in unserer Gesellschaft vorhanden sind, haben vielfältige Ursachen: Die Auswirkungen der rücksichtslosen neoliberalen Politik, der Abbau von Versorgungsnetzen im Service Public, drohende Veränderungen am Arbeitsplatz, Ängste um die materielle Sicherheit im Alter oder der Sinnverlust in einer einseitig an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientierten Gesellschaft.

Für die SP steht die Prävention im Zentrum. Der beste Schutz für die Menschen sind eine gerechte Gesellschaft, Vollbeschäftigung, materielle Sicherheit und ein gut ausgebautes Bildungssystem. Repression, wie sie von Parteien am rechten Rand propagiert wird, führt nicht zu mehr Sicherheit in der Gesellschaft, sondern zu mehr Gewalt. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit fordert die SP eine stärkere Prävention. Das geht nur mit einer entsprechend ausgerichteten Polizeiarbeit und genügend finanziellen Mitteln und Material. Zur Prävention gehören auch Städte- und Quartierplanungen, welche keine Ghettos entstehen lassen, sowie Massnahmen zur Senkung der Gewaltbereitschaft in Gesellschaft und Partnerschaft. Tatsache ist, dass immer mehr Frauen, Männer und Kinder von häuslicher Gewalt betroffen sind.

Die Forderungen der SP:

1. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Städten, Quartieren und Dörfern muss eine Aufgabe der Polizei als Service Public sein und bleiben. Sie darf somit nicht privaten Firmen oder Bürgergruppen überlassen werden.
2. Der planerische Aspekt spielt bei der Gestaltung des öffentlichen Raums eine grosse Rolle: Quartiere, Bauwerke, Plätze und Unterführungen sind daher so zu gestalten, dass sich alle Menschen im öffentlichen Raum wohl fühlen.
3. Mit einer intelligenten Planung, mit der Durchmischung von Stadtquartieren und mit der Unterstützung von lokalen Strukturen, welche soziale Beziehungsnetze (Nachbarschaftshilfe) verstärken, ist die Bildung von Ghettos zu verhindern.
4. Es sind Instrumente bereit zu stellen, um rechtzeitig VerzweiflungstäterInnen zu erkennen und ihnen professionelle Hilfe anzubieten. Dabei hat ein spezielles Augenmerk den Jugendlichen zu gelten, die ihre Gewalttat gegen Dritte oder gegen sich selbst richten könnten.
5. Frauen, Kinder und Männer müssen gegen häusliche Gewalt geschützt werden. Vergewaltigung in der Ehe muss zu einem Offizialdelikt werden.
6. Als Präventivmassnahme gegen Jugendgewalt muss der Einsatz von SozialarbeiterInnen und speziell ausgebildeten GassenarbeiterInnen verstärkt werden. Dabei müssen die verschiedenen Verwaltungsstellen wie Jugendanwaltschaft, JugendarbeiterInnen, Schul-, Sozial- und Polizeidepartement eng zusammenarbeiten.
7. Die polizeilichen Mittel müssen auf die Quartiere umverteilt werden. Dies verlangt nach ständig besetzten Quartierposten mit speziell ausgebildeten PolizistInnen und eine Organisation, die rasch auf Anrufe aus der Bevölkerung reagieren kann.
8. Das künftige Polizeikorps soll auch aus Angehörigen von verschiedenen kulturellen Minderheiten bestehen. So kann die Akzeptanz der Polizei gefördert werden. Es sind auch mehr Frauen im Polizei- und Justizapparat einzustellen.
9. Es sollen wieder gut ausgebildete BahnbegleiterInnen eingeführt werden. Der ständig zunehmenden elektronischen Überwachung muss mit besseren Einsichts- und Einspruchsmöglichkeiten in die registrierten Daten und Bilder begegnet werden.
10. Es ist die Gründung eines Schweizerischen Netzwerkes für Kriminalprävention anzustreben.

11. In einem neuen Waffengesetz darf es keinen Platz für den Waffenhandel ohne Waffenschein haben, und die Sturmgewehre müssen in den Kasernen lagern und nicht zuhause.

11. Verkehr:
Der öffentliche Verkehr als Nummer 1

Die vom Volk beschlossene Verlagerung des Transitgüter-Verkehrs von der Strasse auf die Schiene geht zu langsam vorwärts. Die Autolobby will den Strassenverkehr weiter ausbauen und mit einem zweiten Strassentunnel am Gotthard noch mehr Schwerverkehr anlocken. Die Katastrophe am Gotthard zeigt, dass mit einer unvernünftigen Verkehrspolitik die Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen massiv gefährdet wird. Die bürgerlichen Forderungen nehmen diese Entwicklung in Kauf. Gleichzeitig versuchen Autolobbyisten, den ökologischen Umbau im Verkehrswesen in Frage zu stellen. Damit bedrohen auch sie die Sicherheit im Strassenverkehr. Dagegen dient die Förderung des Langsamverkehrs verbesserter Sicherheit und auch der Gesundheit.

Die SP Schweiz hat die schweizerische Verkehrspolitik stark geprägt: Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ist vom Volk beschlossen, der öffentliche Verkehr wurde massiv ausgebaut. Die SP garantiert, dass diese vernünftige und umweltgerechte Verkehrspolitik weitergeführt wird. Die SP will die Sicherheit im Verkehr erhöhen: Sie verlangt, dass die Transit-Lastwagen stärker kontrolliert und Verkehrs-Rowdys gebremst werden. FussgängerInnen und Velofahrende brauchen durchgehende, sichere und attraktive Verbindungen

Die Forderungen der SP:

1. Verkehrspolitik und Raumplanung sind zusammen zu betrachten.
2. Bund und Kantone haben die Verantwortung zu tragen für eine gute Erschliessung der ganzen Schweiz mit dem öffentlichen Verkehr. Sie haben sich deshalb an den Investitions- und Betriebskosten des öffentlichen Agglomerationsverkehrs zu beteiligen. Als Minimum soll in Randregionen mindestens eine Verbindung pro Stunde und Richtung sowie in Randstunden ein Rufbus zum normalen Fahrpreis gelten. Grösseren Städten ist ein 24-Stunden-Betrieb zu gewährleisten.
3. Zusammen mit den Regionen hat der Bund für ein besseres Leistungsangebot im regionalen Verkehr zu sorgen, d.h. höhere Taktfrequenzen, schnellere Verbindungen und unter Berücksichtigung der Rechte der Angestellten auch ein Ausbau in den Randstunden und am Wochenende. Zu jedem Zug gehört eine Zugbegleitung.
4. Als Alternative zum Kurzstrecken-Flugverkehr ist die Schweiz an die europäischen Hochgeschwindigkeitsstrecken anzubinden.
5. Die Trennung in Infrastruktur und Betrieb nach englischem Muster muss der SBB erspart bleiben.
6. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit innerorts ist generell Tempo 30 anzustreben. In Wohnquartieren sind mit Tempo 30 und anderen verkehrsberuhigenden Massnahmen die Schulwege zu sichern und der Lebensraum vor allem für Kinder zu vergrössern. Das Projekt „Vision Zero“ muss unterstützt werden.
7. Mit einer konsequenten Förderung von sicheren und attraktiven Velo- und Fusswegen muss die immer grössere und nötigere Rolle des Langsamverkehrs gestärkt werden.
8. Behinderten Menschen ist das Anrecht auf die eigene Bewegung zu garantieren. Zur praktischen Realisierung dieses Rechts sind ihnen angepasste Verkehrsmittel anzubieten.
9. Die zweite Tunnelröhre am Gotthard darf nicht gebaut werden. Bis zur Eröffnung des Neat-Tunnels ist als vernünftiger Ersatz ein Dosiersystem einzusetzen, das den Regionalverkehr bevorzugt. Als selbstverständliche Dienstleistungen sind Toiletten, Duschgelegenheiten und Aufenthaltsräume für die wartenden Lastwagen-Chauffeure anzubieten.
10. Mit Investitionen (neue Lokomotiven, zusätzliche Verladeterminals auch im Ausland, bessere Zufahrtsstrecken zu den Bahnalpentunnels, Bahnlogistik) und Marktkorrekturen (anständige Chauffeur-Löhne und geregelte Arbeitszeiten) ist eine weitere Verlagerung des Güter- und Ferienverkehrs auf die Schienen zu ermöglichen und zu erzwingen.

11. Mit einem Strafpunktesystem für Verkehrsübertretungen ist ein rascherer und automatischer Entzug des Führerausweises für Verkehrs-Rowdys durchzusetzen.
12. Im Interesse der Sicherheit der AutofahrerInnen muss die Polizei die Verkehrskontrollen bei Lastwagen massiv ausbauen (Ruhezeit, Alkohol, Fahrzeugzustand, Gewichtslimite).
13. Mit Car-Sharing und organisierten Mitfahrgelegenheiten soll die Verkehrsvernunft gefördert werden.

12. Umwelt:
Eine intakte Umwelt für die künftigen Generationen

Die Schweiz verlor ihre in den frühen Neunziger Jahren errungene Vorbildrolle im Umweltschutz. Die Nachbarländer haben uns in der Umweltpolitik überholt. Wir sind weit davon entfernt, unsere Kyoto-Zusagen zu erfüllen und den CO_2-Ausstoss zu verringern. Dafür bekommen wir in der Schweiz den Klimawandel bereits zu spüren: Überschwemmungen, ein verrückt spielendes Klima, der Anstieg der Schneegrenze und damit die Gefährdung von Siedlungen im Alpengebiet und negative Folgen für den Schweizer Tourismus.

Die SP setzt sich für eine intakte Umwelt und den Schutz der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten und in der Schweiz ein. Es führt kein Weg an der Erfüllung der internationalen Verpflichtungen (Kyoto-Zusagen und Verringerung des CO_2-Ausstosses) vorbei. Dazu braucht es Investitionen in die Energieeffizienz, die Förderung alternativer Energien und den Ausstieg aus der Atomenergie. Zur Umweltpolitik gehören neben dem Schutz unserer Lebensgrundlagen Wasser, Luft und Boden auch Investitionen in ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. 3-Liter-Auto, Minergie-Häuser und Windenergie bedeuten weniger ökonomischen Ressourcenverbrauch und mehr ökologisches Wachstum.

Die Forderungen der SP:

1. Die Moratoriums- und Ausstiegsinitiative und die Umstellung der Stromversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien sind zu unterstützen.
2. Die betroffene Bevölkerung soll beim Bau von Atommüll-Lagern ein Vetorecht haben. Auf die Ausfuhr von Atommüll muss verzichtet werden.
3. Auf die besonders gefährliche Wiederaufbereitung von abgebrannten Atombrennstäben ist zu verzichten. Das zehnjährige Moratorium ist gut, genügt aber nicht.
4. Es muss eine internationale Organisation für Erneuerbare Energien geschaffen werden. Die Schweiz hat aus der internationalen Agentur für Atomenergie IAEA auszutreten.
5. Falls die eingeleiteten freiwilligen Massnahmen für mehr Energieeffizienz die Ziele nicht erreichen, ist eine staatsquotenneutrale CO_2-Abgabe einzuführen.
6. Es soll eine kostendeckende Einspeisevergütung und eine zeitlich begrenzte Anschubfinanzierung zur Förderung der erneuerbaren Energien eingeführt werden.
7. Beim Bauen in der Schweiz muss künftig der Minergie-Standard als Norm, die durch steuerliche Erleichterungen belohnt wird, erfüllt werden.
8. Landreserven müssen durch eine klare Trennung von Siedlungs- und Nichtsiedlungsgebiet sowie durch verdichtetes Bauen im bestehenden Siedlungsgebiet geschützt werden.
9. Da die Landwirtschaft nicht nur der Nahrungsproduktion dient, sondern immer mehr Teil einer nachhaltigen Landschaftsentwicklung ist, sind die Direktzahlungen an die ökologischen Auflagen der Bio-Landwirtschaft zu binden.
10. Es muss ein konsequenter Artenschutz garantiert werden, ebenso der Schutz des Bodens, des Wassers und der Luft.
11. Die Freisetzung gentechnischveränderter Organismen muss verboten werden. Das Verbot von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln ist streng zu kontrollieren.
12. Lebewesen dürfen nicht patentiert werden. Die Forschung an embryonalen Stammzellen ist zu verbieten.
13. Die Emissionen des Flugverkehrs sind ins Reduktionsprogramm der CO_2-Emissionen einzuschliessen. Es ist eine internationale Kerosin-Steuer einzuführen.
14. Die Flughäfen Zürich, Basel und Genf haben die Anzahl ihrer Flugbewegungen auf dem Stand von 2002 zu plafonieren und ein Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 06 Uhr einzuhalten.
15. Da Lärm belästigt, sind Lärmschutzinvestitionen entlang von Autostrassen und -bahnen sowie entlang der Bahnlinien zu tätigen.

13. Service Public:

Weiterentwicklung des Service Public statt Privatisierung

Die Schweiz verfügt im Bereich des Verkehrs, der Kommunikation, der Strom-, Gas- und Wasserversorgung über ein hochwertiges Service Public-Netz. Noch vor zwei Jahren wollte der Bundesrat die Swisscom privatisieren. Dank dem Widerstand der SP und der Gewerkschaften gelang es, dies zu verhindern. Heute erweist sich die Swisscom als gute Anlage für den Bund. Privatisierungen im Service Public stossen auf allen Ebenen auf den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung. Internationale Wettbewerbsstudien zeigen, dass ein gutes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen ein zentraler Standortvorteil der Schweiz ist. Die Geschichte hat auch gezeigt, dass die Privatisierung meistens nur private Kartelle nach sich zieht, die für die KonsumentInnen teurer sind.

Die SP stellte am Parteitag in Lugano zukunftsweisende Weichen in Sachen Service Public. Sie will effiziente staatliche Unternehmen und möchte deren Geschäftsfelder ausbauen. Das gilt insbesondere für die Swisscom, die Post und die SBB. Privatisierungen bedrohen nicht nur die Versorgung, sie schwächen zugleich den Wirtschaftsstandort.

Die Forderungen der SP:

1. Privatisierungen und Liberalisierungen sind nicht mehr zu dulden.
2. Gewinne aus rentablen Bereichen staatlich kontrollierter Unternehmen wie Post, Swisscom oder SBB müssen dem Staat gehören. Mit diesen Gewinnen sind Subventionierungen nichtrentabler, aber nötiger Bereiche zu ermöglichen.
3. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Lehrstellenangebote in halböffentlichen Unternehmen müssen so gut werden, dass sie exemplarische Wirkung auf die privaten Betriebe haben.
4. Als natürliche Monopole müssen die Versorgungsnetze für Strom, Gas und Wasser der öffentlichen Hand gehören. Die Netze haben auch bei Auslagerungen im öffentlichen Besitz zu bleiben, und die Öffentlichkeit hat bei Leistungen, Tarifen und dem Service Public-Auftrag mitzureden.
5. Da ein von der öffentlichen Hand kontrollierter Strommarkt die Bedürfnisse der Bevölkerung besser erfüllt, darf es auch künftig keinen Platz für einen liberalisierten Strommarkt geben.
6. Nationale Investitions- und Forschungsprogramme müssen mithelfen, die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien so auszubauen, dass wahrnehmbare Mindestquoten realistische Ziele werden.
7. Die Swisscom hat mehrheitlich im Bundesbesitz zu bleiben und muss zum Ausbau der Telekommunikationsdienstleistungen in der Schweiz eingesetzt werden. Die Breitbandversorgung muss Teil der Grundversorgung sein, mit einem landesweiten Glasfasernetz ist die Infrastruktur auszubauen. Veränderungen im Aktienbesitz der Swisscom haben künftig dem Referendum zu unterstehen.
8. Da Liberalisierungen bei der Post die Grundversorgung schwächen, muss es Aufgabe der Post sein, die Versorgungssicherheit in der ganzen Schweiz zu erhalten und für den Wirtschaftsstandort neue Geschäftsfelder zu eröffnen – etwa mit einer Postbank.
9. Der Bund soll mit seinen Unternehmen Post und Swisscom die Schrittmacherrolle beim Mobile-Payment übernehmen.
10. Auf allen Ebenen ist für eine Vielfalt des publizistischen Angebots zu sorgen. Die SRG hat dabei mit ihren sprachregionalen Radio- und TV-Programmen als Service Public-Unternehmen eine spezielle Rolle zu übernehmen.

14. Finanzplatz:
Ein sauberer Finanzplatz Schweiz

Das Gewicht des Finanzplatzes ist beachtlich. Während sein Anteil an der Beschäftigung 5% beträgt, ist er an der Wertschöpfung der schweizerischen Wirtschaft mit rund 14% beteiligt. Dank des Finanzplatzes ist das schweizerische Zinsniveau deutlich tiefer als im Ausland. Seine Transaktionen im Graubereich hingegen sind für die Mehrheit der Bevölkerung eine Belastung. Die Kapitalflucht in die Schweiz führt zu einer Überbewertung des Frankens. Gleichzeitig tauchen trotz aller gegenteiliger Beteuerungen immer wieder Diktatorengelder und Konten mafiöser Vereinigungen auf.

Die SP kämpft seit Jahrzehnten für einen schweizerischen Finanzplatz, der nicht mit Geldwäscherei, Diktatorengeldern, undurchsichtigen Geschäftspraktiken und Steuerbetrug in Zusammenhang gebracht wird. Auch die Steuerhinterziehung oder den Zollbetrug betrachtet die SP nicht als Kavaliersdelikte. Die Schweizer Banken sollen sich mit der Qualität ihrer Dienstleistungen und nicht mit Hilfe des Bankgeheimnisses behaupten.

Die Forderungen der SP:

1. Die Schweiz darf sich auf die Dauer einem internationalen Meldeverfahren-Modell zur Besteuerung von Zinsen und Dividenden nicht entziehen. Ebenso wenig darf sie sich von der Mitarbeit an einer gemeinsamen EU-Regulierung des Bankgeheimnisses distanzieren. Dabei müssen die wichtigsten Finanzplätze ausserhalb der EU miteingebunden werden, und die Schweiz soll auch Gegenleistungen erhalten.
2. Die Schweiz muss bei der aktiven Bekämpfung von Korruption und Bestechung im Rahmen der internationalen Handelsregeln von WTO und Weltbank mitmachen.
3. Steuerhinterziehung muss in der Schweiz strafbar werden, so dass damit der Schutz durch das Bankgeheimnis entfällt. Dies soll die Amtshilfe bei Steuerflucht und Steuerhinterziehung aus dem Ausland ermöglichen.
4. Für die Bekämpfung der Geldwäscherei ist eine eidgenössische Kontrollstelle zu schaffen mit umfassenden Kompetenzen. Sie soll die heutigen Selbstregulierungsorganisationen für Finanzintermediäre ersetzen.
5. Es ist eine strengere staatliche Kontrolle des Finanzplatzes durch den Ausbau der gegenwärtigen Bankenaufsicht zu einer umfassenden Finanzmarktaufsicht mit verwaltungsrichterlichen Befugnissen einzuführen.
6. Der gemeinwirtschaftliche Finanzsektor (Kantonalbanken, Genossenschaftsbanken, Postfinance) soll als Gegenstück zu den privatwirtschaftlichen Banken gestärkt werden, um vor allem die kleinen und mittleren Betriebe bei ihren Finanzierungsgeschäften zu unterstützen.
7. Wegen der breiteren Streuung der Aktien ist der Einlegerschutz für KleinanlegerInnen zu verstärken.

15. Finanzen und Steuern:
Mehr Vertrauen in den Staat dank Steuergerechtigkeit

Die Abgaben, welche das Portemonnaie der breiten Bevölkerung belasten, stiegen in den vergangenen Jahren massiv an: Mehrwertsteuer, Gebühren und Krankenkassenprämien. In der Schweiz bezahlt vor allem der Mittelstand die Kosten des Gemeinwesens. Gleichzeitig werden Unternehmen und die Reichen mit Steuergeschenken hofiert. Die bürgerlichen Parteien liefern sich im Bund und in vielen Kantonen einen populistischen Steuersenkungswettlauf. Ihre Strategie ist eine Politik der leeren Kassen: Sie programmieren die Defizite im Staatshaushalt für die nächste Rezession. Ein armer Staat ist ein unsozialer Staat. Die Schuldenbremse wird den Druck auf die staatliche Aufgabenerfüllung weiter erhöhen.

Die SP will Steuergerechtigkeit herstellen. Dafür sind erstens die Steuerschlupflöcher zu beseitigen. Zweitens braucht es dazu eine Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen. Drittens sind realisierte Kapitalgewinne der Privaten als Einkommen zu versteuern. Die SP setzt sich weiterhin für eine antizyklische Finanzpolitik der öffentlichen Hand ein: Defizite sind in der Rezession zu Gunsten von Investitionen und für soziale Sicherheit in Kauf zu nehmen, die Schulden können und müssen bei guter Konjunktur getilgt werden.

Die Forderungen der SP:

1. Mit dem Systemwechsel bei der Besteuerung von Wohneigentum (Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung und des Schuldzinsabzuges) sind Steuerschlupflöcher zu schliessen. Sollte sich der Wechsel als undurchführbar erweisen, so ist mindestens eine Begrenzung des Schuldzinsabzugs in der Besteuerung des Wohneigentums vorzusehen. Eine Begrenzung ist auch beim versicherbaren Lohn in der zweiten. Säule, bei den Einlagen in die zweite und bei den Abzügen für die dritte Säule einzuführen.
2. Mit einer nationalen materiellen Steuerharmonisierung muss der überbordende und schädliche Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden gestoppt werden.
3. Familien und Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen müssen steuerlich entlastet werden.
4. Statt mit Steuerreduktionen sind die Unternehmen durch die Förderung des Technologie-Transfers zwischen den KMU und den Hochschulen und Fachhochschulen zu unterstützen.
5. Es ist eine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einer Freigrenze von einer Million Franken einzuführen.
6. Es ist eine Beteiligungsgewinnsteuer einzuführen, die den Gewinn aus dem Verkauf von wesentlichen Beteiligungen an einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft erfasst.
7. Es ist eine Kapitalgewinnsteuer vorzusehen für Immobiliengewinne, die von der Bundessteuer nicht erfasst werden.

16. Europa und Demokratie:
Mit Europa zu mehr Demokratie, zu sozialer Sicherheit und Frieden

Die wesentlichen Probleme unserer Zeit kann kein Staat mehr alleine lösen. Der bilaterale Weg zwischen der EU und der Schweiz ist nur noch beschränkt ausbaubar. Wirtschaftlich ist eine Existenzform als Insel in Europa für die Schweiz unmöglich: Der hohe Frankenkurs wäre für die Exportindustrie ruinös, den TouristInnen würde die Schweiz zu teuer, die Lebenshaltungskosten würden für die SchweizerInnen zu hoch. Auch die soziale Sicherheit und die Demokratie verlieren angesichts der Globalisierung ihr Gewicht, wenn sie sich auf den Nationalstaat beschränken. Wenn die SchweizerInnen weiterhin demokratisch ihre gemeinsamen Lebensverhältnisse gestalten wollen, dann müssen sie dazu beitragen, dass die Demokratie im Rahmen einer föderalistischen europäischen Verfassung auch transnational verankert wird.

Mehr als die EU tut niemand für den Frieden in Europa. Heute wächst in Europa zusammen, was zusammen gehört: Ost und West, Privilegierte und Benachteiligte. Die Schweiz kann von diesem Ausgleich nicht nur profitieren. Gerade jetzt wäre sie mit ihren föderalistischen und demokratischen Erfahrungen gefragt. Doch nicht nur Europa braucht mehr Demokratie und Föderalismus. Ohne Europa wird auch die direkte Demokratie in der Schweiz immer schwächer. Deshalb setzt sich die SP dafür ein, die Volksrechte innerhalb der Schweiz zu verfeinern und sie gleichzeitig auch europäisch, zusammen mit den anderen EU-Mitgliedern, einzurichten und zu festigen. So wird unsere EU-Mitgliedschaft die Volksrechte langfristig stärken. Bleibt die Schweiz alleine, verliert sie an Souveränität; gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedern gewinnt die Schweiz mehr Souveränität.

Die Forderungen der SP:

1. Der Bundesrat muss das Beitrittsgesuch zur EU sofort reaktivieren, damit Brüssel das strategische Ziel des Bundesrates ernst nimmt. Die Schweiz könnte sich an der Gestaltung der künftigen Institutionen der EU sofort beteiligen.
2. Die Schweiz darf nicht nur von der Befriedung Europas profitieren, sondern muss selber zum Ausgleich der Lebenschancen in ganz Europa beitragen und in und für Europa auch global Verantwortung übernehmen.
3. Der Bundesrat hat dafür zu sorgen, dass sich die Schweiz innenpolitisch auf den EU-Beitritt vorbereitet. Dazu muss die Mehrwertsteuer angehoben und die Aufhebung der unsozialen Kopfprämien bei den Krankenkassenprämien beschlossen werden. Die Reform der Regierung ist voranzutreiben, so dass sie in den EU-Gremien wird mitentscheiden können.
4. Die Volksrechte sind auf Bundesebene so zu ergänzen und zu verfeinern, dass sie durch die europäische Integration der Schweiz gestärkt werden. Im Vordergrund stehen das Konstruktive Referendum, die Volksmotion für transnationale Politik und ein verändertes Ständemehr.
5. Die gegen das Lohndumping vereinbarten flankierenden Massnahmen der Bilateralen Verträge sind konsequent durchsetzen.
6. Der Service Public ist auf europäischer Ebene zu koordinieren.

17. Jugend:
Unterstützung der jungen Generation für eine gute Zukunft aller

Die Wirtschaft hat die junge Generation schon längst als neue KonsumentInnenzielgruppe entdeckt und setzt seither auf einen altersfeindlichen Jugendwahn. Die SP hat eine andere Vision der Jugendpolitik: Eine Gerechtigkeit zwischen den Generationen, welche anerkennt, dass die ältere Generation wichtige Bedürfnisse hat und genau gleich wie die Jugend in der Politik massiv untervertreten ist.

Eine zukunftsgerichtete Jugendpolitik spielt die verschiedenen Generationen nicht gegeneinander aus und trägt der Realität Rechnung, dass die Jugend von heute alles andere als homogen ist. Der Staat hat die Aufgabe, Möglichkeiten für die Selbstverwirklichung der jungen Generation zu schaffen. Die SP weiss, dass das Recht auf Bildung und Berufsbildung für die Zukunftschancen der Jugendlichen sehr wichtig ist.

Die Forderungen der SP:

1. Da die Jugendlichen von den Auswirkungen der aktuellen Entscheidungen der Politik in einigen Jahren und Jahrzehnten am stärksten betroffen sein werden, ohne dass sie ein Mitbestimmungsrecht haben, ist das aktive und passive Stimmrechtsalter auf 16 Jahre herabzusetzen.
2. Die junge Generation muss ein Anrecht auf kulturelle Entwicklung und Verwirklichung haben. Deshalb ist ein nationales Impulsprogramm zur Förderung von regionalen und kommunalen Jugendkulturinitiativen zu erarbeiten und umzusetzen.
3. Damit Perspektivelosigkeit, Arbeitslosigkeit, Jugendarmut, die zunehmende Individualisierung und die damit einhergehende soziale Kälte in unserem Land nicht zu einer Zunahme der Gewalt unter Jugendlichen führt, sind die Beratungsstellen für Jugendliche massiv auszubauen.
4. Im Staatskundeunterricht sollen politische und gesellschaftliche Fragestellungen diskutiert werden. Er ist daher zu verstärken.
5. Es darf keine Schulen ohne Zugang zu neuen Technologien mehr geben.
6. Das Angebot an schulischen Austauschprogrammen zwischen den verschiedenen Sprachregionen ist zu verbessern, denn diese fördern das Zusammenleben in der Schweiz.
7. Es ist für günstigen und vielfältigen Wohnraum für Jugendliche zu sorgen.

18. Homosexualität:
Gleichstellung von Lesben und Schwulen statt Diskriminierung

Rund fünf bis zehn Prozent der Schweizer Bevölkerung (also etwa 350'000 bis 700'000 Personen) sind homosexuell. Obwohl die Gesellschaft andere Lebensformen zunehmend befürwortet, bleibt es weiterhin schwierig, offen lesbisch oder schwul zu leben. Die Tabuisierung fördert Homophobie. Das Coming Out ist im Leben von Lesben und Schwule ein sehr einschneidender Moment. Sich in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, in Vereinen usw. zu exponieren, verlangt Mut und erfordert Unterstützung. In der Schule, im Lehrbetrieb und in den Jugendgruppen werden aber Jugendliche im Coming Out kaum unterstützt. Die Jugendsuizidrate liegt bei Lesben und Schwulen deutlich höher als bei gleichaltrigen heterosexuellen Menschen. Offen gelebte Homosexualität bedeutet oft noch, sich Diskriminierungen auszusetzen und täglich neu die eigene sexuelle Orientierung erklären zu müssen.

Die SP verlangt, dass Lesben und Schwule nicht diskriminiert und als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger behandelt werden. Die SP bekämpft die Homophobie und erwartet dies auch von allen andern.

Die Forderungen der SP:

1. Es ist für die selbstverständliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen zu sorgen.
2. Es ist ein möglichst ehegleiches Partnerschaftsgesetz zu realisieren. Dieses Gesetz hat neben der gegenseitigen finanziellen Unterstützung und neben Erbschaftsansprüchen auch die bürgerrechtlichen Aspekte wie die Namenswahl oder das Bürgerrecht zu regeln. Es muss die gleichen Rechte bei Partnerschaften mit AusländerInnen sowie das Recht auf Adoption beinhalten.
3. Der Staat muss Beratungs- und Begleitungsmassnahmen für Menschen im Coming Out fördern und finanziell unterstützen.
4. In den Schulen soll Homosexualität wertneutral thematisiert werden.
5. Im Antirassismusartikel müssen öffentliche Aufrufe und die Verbreitung von Ideologien zur Diskriminierung von Personen oder Gruppen wegen ihrer sexuellen Orientierung als strafbar aufgenommen werden.

19. Sicherheitspolitik:
Mehr Frieden und Sicherheit mit weniger Armee

Militärpolitik lässt sich nur im Rahmen einer umfassenden Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik begründen. Die SP Schweiz legt das Schwergewicht auf zivile Instrumente der Konfliktprävention, der humanitären Hilfe im Konfliktfall sowie des Wiederaufbaus nach Konflikten. Die Armee steht immer noch in der Optik des kalten Krieges, nur dass ihr heute der Feind abhanden gekommen ist. In dieser Logik produziert die Armee Leerläufe, die zu viel Geld und zu viele Arbeitsstunden verschlingen.

Die SP Schweiz fordert deshalb einen auf die heutigen Risiken abgestimmten Auftrag für die Armee. Die Schweizer Armee ist zu gross, sie hat einen falschen Auftrag und sie kostet zu viel Geld. Diese Mittel fehlen in anderen Bereichen der Gesellschaft. Die zentralen Risiken für unser Land und unsere Bevölkerung sind in Zukunft nichtmilitärischer Art. Sie liegen vielmehr in der globalen Umweltzerstörung sowie in der Abhängigkeit moderner Gesellschaften von hochverletzlichen technischen Systemen. Die SP Schweiz setzt sich deshalb für eine Armee ein, die den tatsächlichen Sicherheitsbedürfnissen unseres Landes entspricht.

Die Forderungen der SP:

1. Die Schweiz muss sich für die Sicherheit der Menschen, der Menschenrechte und der Demokratie im umfassenden Sinn engagieren. Es ist auf eine Armee zu setzen, welche einen risikobasierten Auftrag intelligent umsetzt.
2. Der Auftrag an die Schweizer Armee muss sich auf drei Aspekte konzentrieren: Die Schweiz soll sich an friedensunterstützenden Einsätzen der Staatengemeinschaft beteiligen. Die Bereitschaft zur Landesverteidigung im Kriegsfall muss auf die Vorwarnzeit von zehn Jahren reduziert werden. Die Raumsicherung ist durch eine Luft- und Grenzpolizei sicher zu stellen.
3. Die Schweiz muss sich für die humanitäre und kollektive Sicherheit über die Landesgrenzen hinaus engagieren.
4. Die Schweiz muss den Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit unter der Führung der UNO und der OSZE unterstützen. Sie darf der NATO nicht beitreten.
5. Da die allgemeine Wehrpflicht und die Wehrgerechtigkeit zu einer Armee führen, welche viel zu gross ist für einen risikobasierten Armeeauftrag, ist ein Freiwilligenmodell mit 15'000 ZeitsoldatInnen und 45’000 ReservistInnen vorzusehen. Eine Berufsarmee, in welcher SoldatInnen ihr gesamtes Berufsleben verbringen, ist jedoch abzulehnen.
6. Der Armee sind die Ressourcen zuzusichern, welche zur Erfüllung ihres risikobasierten Auftrags notwendig sind. Ausrüstungsbedarf und Kosten müssen sich von Armeeauftrag und Armeemodell ableiten lassen. Das heutige Militärbudget von rund 4.2 Milliarden Franken ist auf 2.5 Milliarden Franken zu reduzieren.

20. Migration:
Eine humane und pragmatische Politik statt Ausgrenzung

Als typisches Einwanderungsland verfügt die Schweiz über eine Gesetzgebung, die aus den Dreissiger Jahren stammt und die im Widerspruch zur sozialen und wirtschaftlichen Realität der Schweiz steht. Der Mythos der Überfremdung führte zu einer paranoischen und bürokratischen Politik, die den demographischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Schweiz nicht entspricht. Schikanöse Einrichtungen wie das Saisonnierstatut und die Kontingentierung führten dazu, dass Zehntausende von MigrantInnen zu Sans-Papiers wurden. Die kantonale Entscheidkompetenz führt immer wieder zu Willkür. Unmenschliche Lohnbedingungen und ein irrationales Misstrauen der Schweizer Bevölkerung gegenüber den „Nicht-Schweizern" sind das Ergebnis dieser Migrationspolitik.

Der Entwurf für das neue Ausländergesetz ist eine Fortschreibung dieser unrealistischen Politik. Die Zulassungsbedingungen richten sich nur an eine Elite und zwingen die weniger Qualifizierten in die Illegalität. Das Gleichbehandlungsprinzip mit den BürgerInnen aus EU-Ländern wird insbesondere in Bezug auf die berufliche Mobilität, das Recht auf Niederlassung, die Erneuerung kurzfristiger Bewilligungen und den Familiennachzug verletzt.

Der Bilaterale Vertrag mit der EU über den freien Personenverkehr verlangt, dass EU-BürgerInnen, die sich in der Schweiz aufhalten, nicht mehr diskriminiert werden dürfen. Ihre Aufenthaltsbewilligung hängt nur vom Vorliegen einer Arbeitsbewilligung ab, und sie verfügen über das Recht der beruflichen und geographischen Mobilität und des erweiterten Familiennachzugs. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags begann eine Übergangsperiode von zwölf Jahren mit Bevorzugung der einheimischen Arbeitnehmenden, Kontingentierung der Arbeitsbewilligungen und Massnahmen gegen Lohndumping.

Die SP will eine Migrationspolitik, die den MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern, den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz und der Herkunftsländer der MigrantInnen Rechnung trägt. Sofern ein Arbeitsvertrag vorliegt und sich der Arbeitgeber zu sozialen Standards verpflichtet, ist die Zuwanderung von BürgerInnen aus Nicht-EU-Staaten zuzulassen. Diese Menschen sind dann den EU-BürgerInnen gleichzustellen.

Die SP hält am Grundprinzip fest, dass die Schweiz ein offenes und sicheres Land ist für politische Flüchtlinge, aber ebenso für Personen, die vor Krieg oder vor Gewalt im privaten Bereich flüchten.

1. Es muss kurz- und mittelfristig eine Migrationspolitik betrieben werden, welche die Zulassung von Personen aus Nicht-EU-Ländern an Kriterien bindet, die nur die Betriebe betreffen (Unterstellung unter einen GAV, direkte Finanzierung von Integrationsmassnahmen usw.).
2. Eine breit zusammengesetzte eidgenössische Kommission hat künftig in Zusammenarbeit mit den Kantonen darüber zu wachen, dass die Betriebe diesen Verpflichtungen nachkommen.
3. Alle so beschäftigen Personen müssen – wie die EU-BürgerInnen – das Recht auf Familiennachzug erhalten.
4. Die Aufenthaltsbewilligung von Ehepartnern ist zu entkoppeln, und die Gültigkeit der Aufenthaltsbewilligung darf nicht mehr an einen gemeinsamen Haushalt gebunden bleiben.

5. Immigrierte Arbeitnehmende müssen die gleichen Förderungen für die berufliche und geografische Mobilität bekommen wie die hiesigen ArbeitnehmerInnen.
6. Integrationsmassnahmen müssen vom Staat, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmenden gemeinsam finanziert werden. MigrantInnen sollen verpflichtet werden, die Berufsberatung und Sprachkurse zu besuchen. Vor allem für Jugendliche und Frauen sind dringend Integrationsmassnahmen vorzusehen.
7. Das passive und aktive Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen ist einzuführen, zunächst auf Gemeinde- und Kantonsebene.
8. Die Einbürgerung ist nach objektiven Kriterien zu regeln, damit die Chancengleichheit garantiert ist. Die Bestimmungen haben die Einbürgerung für die zweite und dritte. Generation zu erleichtern.

Bern, den 16. März 2003